
Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	IX
LITERATURHINWEISE	XI
ERSTER ABSCHNITT: EINFÜHRUNG UND GRUNDBEGRIFFE	1
A. Funktion des Konsumentenschutzrechts	1
I. Rechtsquellen	1
II. Unionsrechtliche Vorgaben	1
ZWEITER ABSCHNITT: DAS KONSUMENTENSCHUTZGESETZ	3
A. Aufbau und Gliederung	3
B. Verbraucher- und Unternehmerbegriff	3
C. Anwendungsbereich des I. Hauptstücks	3
I. Verbrauchergeschäft	3
II. Keine Anwendung des KSchG	4
D. Inhaltliche Bestimmungen des I. Hauptstücks	5
I. Rücktritt vom Haustürgeschäft	5
1. Situative Voraussetzungen	5
2. Ausschluss des Rücktrittsrechts	6
3. Rücktrittsfrist und Ausübungsmöglichkeiten	6
4. Wirkungen des Rücktritts	7
II. Rücktritt wegen Verstoßes gegen gewerberechtliche Bestimmungen	7
III. Rücktritt wegen Nichteintritts maßgeblicher Umstände	8
1. Voraussetzungen	8
2. Ausschluss des Rücktrittsrechts	8
3. Rücktrittsfrist und Ausübungsmöglichkeiten	9
4. Wirkungen des Rücktritts	9
IV. Kostenvoranschläge	9
V. Allgemeine Informationspflichten	9
VI. Telefonische Vertragsabschlüsse (Gewinnzusagen, Wett- und Lotteriedienstleistungen)	10
VII. Verbindlichkeit von Gewinnzusagen	10
VIII. Unzulässige Vertragsbestandteile	11
1. Vorbemerkungen	11
2. Der Klauselkatalog des § 6 Abs 1	12
3. Der Klauselkatalog des § 6 Abs 2	14
4. Das Transparenzgebot des § 6 Abs 3	15
5. Rechtsfolgen	15
a. Verstoß gegen Abs 1 und 2	15
b. Verstoß gegen Abs 3	16
IX. Exkurs: Vertragsabschlüsse unter Verwendung von AGB	16
1. Verwendung von AGB	16
2. Einbeziehungskontrolle	17
3. Geltungskontrolle	18
4. Transparenzgebot § 6 Abs 3/Unklarheitenregel § 915 ABGB	18
5. Inhaltskontrolle	18
6. Rechtsfolgen	19
7. Prüfungsschema AGB-Verwendung	20
X. Gewährleistung und Garantie	20
1. Vornahme der primären Gewährleistungsbehelfe	20
2. Relativ zwingender Charakter der Gewährleistungsrechte	21

3. Montagefehler und fehlerhafte Montageanleitung	21
4. Vertragliche Garantie	22
XI. Sonderbestimmungen, vertragliche Nebenabreden	23
1. Erfüllung einer Geldschuld	23
2. Kosten telefonischer Kontaktaufnahme	23
3. Zusätzliche Zahlungen	23
4. Angeld, Reugeld	23
5. Umfang der Vertretungsmacht vom Unternehmer eingesetzter Vertreter	24
6. Rechtswirksamkeit formloser Erklärungen	25
7. Verbot des Orderwechsels	25
8. Verbot der Gehaltsabtretung	25
9. Leistungsfrist (Warenbezugsverträge)	26
10. Gefahrenübergang (Warenübersendung)	26
XII. Anwendbares Recht und Gerichtsstand	26
1. Sonderregelungen für Verträge mit Auslandsbezug	26
a. Grundsätze der Anknüpfung von Verbraucherträgen nach der Rom I-VO	26
b. Die Regelung des § 13a Abs 1 KSchG	27
c. Eingriffsnormen gem § 13a Abs 2	27
2. Sonderregelungen für den Gerichtsstand	28
a. Klagen des Unternehmers gegen den Verbraucher	28
b. Wahrnehmung und Heilung der Unzuständigkeit	29
c. Klagen des Verbrauchers gegen den Unternehmer	29
d. Anwendungsvorrang	29
XIII. Regelungen für besondere Vertragsarten	30
1. Verträge über wiederkehrende Leistungen	30
a. Anwendungsbereich	30
b. Ausnahmen	30
c. Konversion	31
2. Haftung für Kreditverbindlichkeiten	31
a. Ehegattenkredite (§ 25a)	31
b. Verbraucherkredite (§ 25b)	32
c. Schutz des Interzedenten, Mäßigungsrecht (§§ 25c, 25d)	32
(i) Informationspflicht	32
(ii) Richterliches Mäßigungsrecht	33
3. Verträge zu Zwecken der Wohnungssanierung	33
4. Vorauszahlungskäufe	34
5. Sonderbestimmung für Werkverträge (§ 27a)	34
6. Heimverträge	34
a. Anwendungsbereich	34
b. Informationspflichten und Inhalt des Heimvertrages	35
c. Errichtung und Form des Heimvertrags	35
d. Befreiung von der pflegschaftsgerichtlichen Genehmigung	35
e. Einbeziehung einer Vertrauensperson	36
f. Recht zur Entgeltminderung	36
g. Sonderbestimmungen für Kautionen	36
h. Unzulässige Vereinbarungen	37
i. Kündigungs- und Auflösungsbestimmungen	37
(i) Durch den Heimbewohner	37
(ii) Durch den Heimträger	37

E. Das II. Hauptstück des KSchG	38
I. Anwendungsbereich	38
II. Unterlassungsanspruch, Abmahnverfahren und Informationsanspruch nach § 28	38
III. Sonstige Verstöße gegen Verbraucherschutzrecht	39
IV. Klageberechtigung	40
V. Verweise (UWG)	40
F. Das III. Hauptstück des KSchG	41
I. Vorbemerkungen und Anwendungsbereich	41
II. Bestimmungen für Immobiliengeschäfte und Maklerverträge	41
1. Rücktritt von Immobiliengeschäften	41
2. Pflichten des Immobilienmaklers	42
3. Sonderbestimmungen für Alleinvermittlungsaufträge	42
4. Schriftlichkeitserfordernis bestimmter Vereinbarungen im Maklervertrag	43
5. Zwingende Bestimmungen	43
III. Strafbestimmungen	43
1. Verwaltungsstrafbestimmungen	43
2. Modifikation der Verjährungsbestimmungen	44
DRITTER ABSCHNITT: VERBRAUCHERSCHUTZBESTIMMUNGEN IN ANDEREN GESETZEN	45
A. Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz	45
I. Einführung	45
II. Anwendungsbereich	45
III. Informationspflichten	46
1. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	47
2. Fernabsatzverträge	47
3. Elektronisch geschlossene Verträge	47
4. Telefonisch geschlossene Verträge	48
IV. Rücktrittsrecht, Folgen und Ausnahmen	48
1. Rücktrittsrecht, Rücktrittsfrist	48
2. Ausnahmen vom Rücktrittsrecht	49
3. Folgen des Rücktritts	49
a. Warenkaufverträge	50
b. Dienstleistungsverträge/Lieferverträge über Energie oder Wasser	50
c. Bezugsverträge über digitale Inhalte	51
V. Strafbestimmungen	51
B. Pauschalreisegesetz	51
I. Regelungshintergrund, Inkrafttreten	51
II. Anwendungsbereich, Ausnahmen	51
III. Vorvertragliche Informationspflichten, Pauschalreisevertrag	52
IV. Preisänderungen	53
V. Änderungen des Pauschalreisevertrages	53
VI. Rücktrittsrechte	54
VII. Wechsel in der Person des Reisenden	55
VIII. Leistungsstörungen, Rügeobligieheit	55
IX. Schadenersatz, Ersatz entgangener Urlaubsfreude	56
X. Exkurs: Überbuchung	57
XI. Sonstige Bestimmungen, Verwaltungsstrafbestimmungen	57

C. Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetz	58
I. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	58
II. Informationspflichten	58
1. Allgemeine Informationspflichten – Vertriebsinformationen	58
2. Sonderbestimmungen bei Ferngesprächen	59
3. Übermittlung der Informationen auf dauerhaftem Medium	60
4. Sanktionen bei Verletzung der Informationspflichten	60
III. Rücktrittsrecht und Ausnahmen	61
1. Rücktrittsrecht, Erstreckung der Rücktrittswirkung	61
2. Ausnahmen	61
3. Konkurrenzen	62
4. Folgen des Rücktritts, Rückabwicklung	62
D. Verbraucherkreditgesetz	62
I. Hintergrund, Gliederung	62
II. Inkrafttreten	63
III. Regelungen im 1. Abschnitt	63
IV. Verbraucherkreditverträge (2. Abschnitt)	64
1. Vom Anwendungsbereich ausgenommene Verträge	64
2. Werbung für Kreditverträge	64
3. Vorvertragliche Informationspflichten	65
a. Inhalt und obligatorisches Formular	65
b. Weiter gehende Unterstützungsvereinbarungen	65
c. Sonderfall Kredit mit Tilgungsträger und Fremdwährungskredit	66
d. Sanktionen	66
4. Bonitätsprüfung des Verbrauchers	66
5. Vertragsabschluss	67
a. Form	67
b. Inhaltserfordernisse	67
c. Sanktionen und Vertragskorrektur	67
6. Rücktrittsrecht	68
7. Laufendes Kreditverhältnis	68
8. Drittfinanzierte Verbrauchergeschäfte, verbundene Kreditverträge	69
a. Erfasste Verträge	69
b. Einwendungs durchgriff	69
c. Rücktritt vom Warenlieferungs-/Dienstleistungsvertrag	70
d. Rücktritt vom Kreditvertrag	70
9. Rechte des Kreditgebers	70
a. Auszahlungsverweigerungsrecht	70
b. Terminsverlust	70
10. Recht des Verbrauchers auf vorzeitige Rückzahlung	71
a. Rückzahlungsrecht	71
b. Vorfälligkeitsentschädigung	71
c. Kredite mit Tilgungsträgern	72
11. Forderungsabtretung, Vertragsübernahme	72
12. Beendigung	72
a. Kündigung durch den Kreditgeber	72
b. Kündigung durch den Verbraucher	72

V.	Überziehungsmöglichkeit (3. Abschnitt)	73
1.	Begriff, Regelungsübersicht	73
2.	Bestimmungen für kurzfristige Überziehungsmöglichkeiten	73
a.	Vorvertragliche Informationspflichten, fakultatives Formular	73
b.	Inhaltserfordernisse des Kreditvertrages	73
3.	Bestimmungen für (kurzfristige und sonstige) Überziehungsmöglichkeiten	74
a.	Kontoauszug	74
b.	Änderung Sollzinssatz/sonstige Entgelte	74
VI.	Überschreitungen (4. Abschnitt)	75
1.	Verpflichtende Angaben im Kontoeröffnungsvertrag	75
2.	Warnpflicht bei erheblicher Überschreitung	75
VII.	Entgeltlicher Zahlungsaufschub/Finanzierungshilfen (5. Abschnitt)	75
1.	Anwendbare Bestimmungen	75
2.	Zahlungsaufschub für bestimmte Ware/Dienstleistung	76
3.	Verbraucherleasingverträge	76
a.	Verbraucher ist zum Erwerb des Leasinggegenstandes vertraglich verpflichtet (Z 1)	76
b.	Unternehmer hat das Recht, den Erwerb des Leasinggegenstandes vom Verbraucher zu verlangen (Z 2)	77
c.	Verbraucher hat das Recht, den Leasinggegenstand bei Vertragsende zu erwerben und trägt das Restwertrisiko (Z 3)	77
d.	Verbraucher trägt das Restwertrisiko ohne das Recht, den Leasinggegenstand bei Vertragsende zu erwerben (Z 4)	77
VIII.	Strafbestimmungen	78
E.	Überblick über sonstige Verbraucherschutzbestimmungen	78
I.	Teilzeitnutzungsgesetz	78
1.	Erfasste Verträge	78
2.	Informationspflichten, Formvorschriften	78
3.	Rücktrittsrecht, Anzahlungsverbot	79
4.	Anwendbares Recht	79
5.	Sanktionen, Strafbestimmungen	80
II.	Bauträgervertragsgesetz	80
III.	Kapitalmarktggesetz	80
IV.	Versicherungsvertragsgesetz	80
1.	Kündigungsrecht	80
2.	Einseitige Änderungen bei Krankenversicherungen	80
V.	Zahlungsdienstegesetz	81
VI.	Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb	81
VII.	Verbraucherzahlungskontogesetz	82
VIII.	Alternative-Streitbeilegung-Gesetz	82
	Stichwortverzeichnis	85